

POLITIK

Sahra
Wagenknecht
fährt Linken
an den Karren

«Die Life style- Linke schaut auf alle anderen herab»

Die deutsche Politikerin der strengen Frisur polarisiert mit ihren kontroversen Meinungen – auch in der eigenen Partei.

Sahra Wagenknecht, Mitglied des Bundestages in Berlin, hat in ihrer politischen Karriere häufig kontroverse Meinungen vertreten. Aktuell knüpft sie sich die linksliberale Konkurrenz vor.

INTERVIEW RENÉ SCHEU

Sahra Wagenknecht ist in aufgeräumter Stimmung, als wir uns in Zürich treffen – sie ist auf Vortragsreise in der Schweiz. Freundlich im Ton, aber hart in der Sache kritisiert die Linken-Politikerin andere Linke dafür, dass sie sich moralisch über Andersdenkende erheben.

Frau Wagenknecht, was heisst es, links zu sein, im eigentlichen Sinne?

Sahra Wagenknecht: Gute Frage. Es bedeutet, sich in der Politik für die Menschen zu engagieren, die es schwer haben. Für die, die nicht mit dem goldenen Löffel im Mund geboren wurden, die sich täglich bewähren und hart kämpfen müssen.

Es geht Ihnen bei Ihrem politischen Engagement um Aufstiegschancen für alle? Ja, das ist der Kern einer linken Sozialpolitik, jedenfalls wie ich sie verstehe. Bildungschancen für alle, faire Löhne und

anständige Renten für alle, soziale Sicherheit. Linkssein bedeutet natürlich auch, sich für eine produktive, innovative Wirtschaft einzusetzen, die Grundlage des Wohlstandes und Sozialstaates. Und ausserpolitisch bedeutet es ein Primat von Diplomatie, Dialog und Vertragstreue.

Die Gretchenfrage ist, wie man eine faire Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung erreicht. Wollen Sie die Leute befähigen oder betreuen?

Ich kann Sie beruhigen: befähigen. Die Leute sollen auf eigenen Beinen stehen und ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten können, unabhängig von Herkunft und Position der Eltern. Sie sollen sicher und in Würde leben können, in ihren Häusern, Quartieren und Dörfern. Und dafür braucht es eben vor allem: Bildung, Bildung, Bildung!

Unbestritten. Aber die Schulen bieten heute so viele Förderprogramme an wie nie – und das Bildungssystem ist durchlässig. Reicht Ihnen dies alles noch nicht? Das mag vielleicht für die Schweiz zutreffen, im besten Fall. In Deutschland präsentiert sich jedoch ein anderes Bild: Ärmere Leute wohnen in ärmeren Quartieren mit schlechteren Schulen und einem schlechteren Lernniveau. Ihre Kinder werden in Schulen abgeschoben, deren Abgänger in der Regel weder richtig schreiben noch gut rechnen können und entsprechend schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Die Benachteiligungen verstetigen sich in vielen Biografien – und das darf in einer aufgeklärten Gesellschaft nicht sein. Sonst haben wir am Ende eine neue Ständegesellschaft mit Armen- und Reichen-Ghettos, soziale Unruhen inklusive.

Was wäre denn die Lösung – doch mehr Betreuung in den Schulen, Bildungsgutscheine, Stipendien?

Stipendien sind sinnvoll, aber Bildungsgutscheine begünstigen eher die Ghettoisierung. Was es stattdessen braucht, ist eine bessere Durchmischung an den Schulen, damit alle voneinander lernen können. Anständig bezahlte Lehrer in ausreichender Zahl, die wichtiger sind als alle Lehrpläne dieser Welt. Und gezielte Förderung der Kinder und Jugendlichen auf allen Stufen – wer leisten will, soll dies auch können.

«LINKS SEIN BEDEUTET, SICH FÜR DIE ZU ENGAGIEREN, DIE ES SCHWER HABEN»

Sie sind Tochter einer alleinerziehenden Mutter, Ihr iranischer Vater ist verschollen, als sie noch ganz klein waren. Wurden Sie in der Familie gefördert?

Ich kann mich nicht beklagen. Meine Mutter, eine ausgebildete Ökonomin, nahm mich damals in der DDR schon früh ins Theater mit. Sie war auch sonst bemüht, mir Türen zu öffnen. Zugleich waren wir finanziell nicht auf Rosen gebettet – meine Mutter hat voll gearbeitet und zugleich hat sie sich um mich gekümmert. Das war alles andere als leicht. In heutiger Sprache würde man wohl sagen: Wir waren weder besonders benachteiligt noch privilegiert.

Es lässt sich kaum leugnen, dass Sie über einen ausgeprägten Leistungswillen

«JE MEHR NICHTWÄHLER ES GIBT, DESTO INSTABILER WIRD DIE DEMOKRATIE»

Persönlich

Sahra Wagenknecht wurde 1969 in Jena in der damaligen DDR geboren, als Tochter einer deutschen Mutter und eines iranischen Vaters, der in Westberlin studierte. Nach dem Studium der Philosophie promovierte sie 2012 mit einer Arbeit in Volkswirtschaftslehre an der Technischen Universität Chemnitz zum Dr. rer. pol. Wagenknecht gehörte in den 90er-Jahren dem Bundesvorstand der Partei des Sozialdemokratischen Sozialismus (PDS) an und zählt zu den Gründern der Folgepartei Die Linke. Von 2004 bis 2009 war sie Mitglied im Europäischen Parlament, seit 2009 ist sie Abgeordnete im Deutschen Bundestag.

verfügen. Hat Ihre Mutter Ihnen den eingeimpft?

Meine Mutter zeigte mir die Welt, aber sie forcierte mich nicht. Seit ich mich erinnern kann, war ich ehrgeizig, schon als Kind. Ich wollte beweisen, dass ich es konnte – weniger den anderen als mir selber.

Sie waren eine gute Schülerin, haben später studiert und in Volkswirtschaftslehre promoviert. Worin unterscheidet sich heutiges modisches Linkssein vom eigentlichen Linkssein, wie Sie es beschrieben haben?

Im Grunde: in allem. Der heutige Linksliberalismus ist weder links noch liberal, sondern die Ideologie eines gut situierten akademischen Grossstadtmilieus. Er reflektiert die Lebenswelt und Interessen dieser privilegierten Schicht in einer teilweise ziemlich überheblichen Form: Die Linksliberalen, die ich lieber Lifestyle-Linke nennen würde, engagieren sich für Diversity und offene Grenzen, gegen Rassismus und Klimawandel. Das ist durchaus honorig, aber sie können es sich auch leisten, ohne dass es ihnen wehtut; sie sind akademisch gebildet und sprechen dieselbe politisch korrekte Sprache; sie verdienen anständig und kommen meist schon aus wohlhabenden Elternhäusern.

Einverstanden. Aber was ist dagegen einzuwenden, wenn sich Menschen dazu entscheiden, den wohlbehüteten Lifestyle des radikal-alternativen Urban Chic zu leben?

Im Grunde nichts. Jeder kann mit dem Lastenrad in den Bioladen fahren, sich dort mit hochstehenden Lebensmitteln eindecken und sich darüber freuen, dass er zu Hause einen Elektro-Zweitwagen stehen hat, der im besten Fall von den neuen Sonnenkollektoren auf dem Dach gespeist wird. Das ist selbstverständlich alles höchst legitim und teilweise sogar sinnvoll – doch soll niemand glauben, er sei deswegen der bessere Mensch. Darin besteht der Kern der Ideologie der Lifestyle-Linken: dass man einen Lebensstil zu einem politischen Statement überhöht und auf alle herabsieht, die nicht so leben, essen, denken und reden wie man selbst. Dieses moralische Verächtlichmachen halte ich für ein echtes gesellschaftliches Problem.

Warum?

Weil diese Leute mittlerweile in den Metropolen, Medien, Verwaltungen und Parlamenten den Ton angeben – und sich nicht nur von den meisten Menschen entfernen, sondern sie auch noch verachten. Dies führt zu Ressentiments unter weniger privilegierten ▶ [Bitte umblättern](#)

Exklusiver Kreis
in New York.

Schweiz im Uno-Sicherheitsrat

«Das wird kein Spaziergang»

Alt Bundesrätin Micheline Calmy-Rey ist überzeugt: Die Schweiz kann im Uno-Sicherheitsrat einiges erreichen. Die **Neutralität** sieht sie nicht in Gefahr.

Micheline Calmy-Rey hat die Idee der Mitgliedschaft im Uno-Sicherheitsrat lanciert.

Fortsetzung von Seite 23 ▶ Leuten – und es führt überdies dazu, dass die Alltagsprobleme der meisten Menschen nicht mehr adressiert werden, weder in den Medien noch in der Politik. Deshalb wenden sich viele von der Politik ab, informieren sich nicht mehr, wählen nicht mehr oder aus Wut rechts. Je mehr Nichtwähler, desto instabiler die Demokratie! Denn Demokratie soll doch für die vielen da sein und nicht für die wenigen.

Wer vertritt Ihrer Meinung nach den von Ihnen beschriebenen Linksliberalismus politisch am konsequentesten? Die Grünen. Sie vertreten die linksliberale Lehre in Reinform. Die SPD hat traditionell noch einige Wurzeln in den Gewerkschaften und im Arbeitermilieu, doch wird diese Herkunft immer mehr

gekappt. Auch die SPD ist zu grossen Teilen eine linksliberale Akademikerpartei geworden, die sich um die eigenen Befindlichkeiten kümmert. Aber es gibt ja längst auch CDU-Ministerpräsidenten, die das Gefühl haben, dass sie gendern müssten. Und die CDU teilt längst mit den Grünen die Idee, Klimafragen über Lebensstilfragen zu thematisieren.

Welche Gegenrezepte haben Sie in petto?

Ganz einfach: die echten Probleme benennen und behandeln. Nehmen wir die Tochter von indischen Zuwanderern, die im IT-Bereich arbeiten und ein gutes Gehalt haben. Sie ist Migrantin und meinetwegen auch nicht weiss, aber natürlich ist sie wesentlich privilegiierter als das Kind einer biodeutschen Niedrig-

verdienerfamilie, deren Vater sich als Möbelpacker abrackert und deren Mutter meist zu Hause ist, weil sie aufgrund des Mangels an beruflichen Qualifikationen bloss Gelegenheitsjobs bekommt.

Ergo?

Ergo sollten wir den Blick für die Ungerechtigkeiten in unserem Land schärfen. Wenn das Kind der Niedrigverdienerfamilie benachteiligt ist, so hat dies erst mal mit der Hautfarbe nichts zu tun, auch nichts mit Gender oder Geschlechtsidentität – den neuen Kategorien, die die woken Linksliberalen so

Fotos: AP/Peter Moosmann (3), Keystone, Dominik Büttemann/fair

sehr beschäftigen. Allerdings hat es sehr viel mit der wichtigsten Diskriminierung sehr vieler Menschen in Europa zu tun – der sozialen Diskriminierung aufgrund der Herkunft aus einem armen Elternhaus. Während wir schichtenblind geworden sind, reden modische Meinungsmacher ständig von Diskriminierungen wegen Hautfarbe oder sexueller Orientierung, die es natürlich auch noch gibt. Aber da ist etwas grundsätzlich verurteilt. ●

*Interviewer René Scheu ist Philosoph, Blick-Kolumnist und Geschäftsführer des Instituts für Schweizer Wirtschaftspolitik (IWP) in Luzern.

«ECHTE PROBLEME BENENNEN UND BEHANDELN»

CAMILLA ALABOR

Am Entscheid gab es nichts zu rütteln. Eigentlich. Doch nach dem russischen Einfall in die Ukraine stellte sich die Frage unter neuen Vorzeichen: Sollte die Schweiz tatsächlich Einsitz nehmen im Uno-Sicherheitsrat? Nein, fand die SVP und forderte im März 2022 einen Verzicht der Kandidatur. Die Partei sah die Neutralität des Landes gefährdet. Die Mehrheit des Parlaments kam zu einem anderen Schluss. So blieb es dabei: **Ab heute Sonntag sitzt die Schweiz für die kommenden zwei Jahre im obersten Uno-Gremium – und damit Seite an Seite mit den Grossmächten.**

Eine freut sich darüber besonders: alt Bundesrätin Micheline Calmy-Rey (77). Die Aussenministerin hatte 2011 den Anstoss gegeben für die Kandidatur der Schweiz. Einen persönlichen Sieg mag sie darin nicht sehen, auch wenn die Präsenz im Uno-Sicherheitsrat natürlich sehr kompatibel ist mit der aktiven Aussenpolitik, wie sie die Genferin propagierte. **Mit Calmy-Reys Worten ist der Einsitz die «logische Folge davon, dass sich die Schweiz seit 20 Jahren aktiv in der Uno einbringt».**

Die Neutralität der Schweiz sei dadurch keineswegs gefährdet, meint sie im Gespräch mit SonntagsBlick: «Die Schweiz ist keine Partei in Konflikten, sondern verteidigt das internationale Recht.»

Für die Schweizer Diplomatie sei die Präsenz im Sicherheitsrat ein grosses Plus. «Sie kann ihr Netzwerk ausbauen und bekommt Zugang zu den Grossmächten und zu Informationen, die sie normalerweise nicht hätte.» Die alt Bundesrätin geht gar noch einen Schritt weiter und meint: **«Vielleicht hätte man mit einem Sitz im Uno-Sicherheitsrat das Chaos um die Sanktionen gegen Russland vermeiden können.»** Möglicherweise wäre der Bundesrat von Russlands Einmarsch in die Ukraine weniger überrascht gewesen.

«Schliesslich kam der Uno-Sicherheitsrat zwei Tage vor der Invasion zusammen.»

In erster Linie aber sieht Calmy-Rey in der Einsitznahme eine Chance für die Schweiz, ihre Interessen einzubringen: eine Ordnung, die auf dem internationalen Recht und nicht auf dem Recht des Stärkeren beruhe. Und das Land könne als aktives Mitglied einiges erreichen: «Die Schweiz hat einen guten Ruf. Sie ist neutral, glaubwürdig und hat eine grosse Tradition der Guten Dienste.»

Natürlich werde es vonseiten der Grossmächte Druckversuche geben, räumt Calmy-Rey ein. «Das hindert die Schweiz nicht daran, ihre Werte zu verteidigen: Demokratie, Respekt des internationalen Rechts und der Menschenrechte.» Und, fügt die Aussenpolitikerin an: «Ich habe nie gesagt, dass es ein Spaziergang wird. Aber wir profitieren davon, im Uno-Sicherheitsrat zu sitzen. Und die Welt braucht das Engagement von Staaten wie der Schweiz.»

Dass kleine Länder durchaus etwas bewirken können, diese Erfahrung hat Norwegen gemacht, Quasi-Vorgänger der Schweiz im Uno-Sicherheitsrat.

«Norwegen ist Teil der Nato, aber nicht der EU – und wird daher als unabhängiger Akteur angesehen», sagt Niels Nagelhus Schia (48), Forscher am Norwegischen Institut für Internationale Beziehungen. So habe Norwegen erfolgreich mit Mexiko zusammengearbeitet: «Die beiden Länder ergriffen die Initiative, damit der Sicherheitsrat den Uno-Generalsekretär bei der Vermittlung eines Getreidedeals zwischen Russland und der Ukraine unterstützt.» Am Ende kam der Uno-Sicherheitsrat zusammen und unterstützte den Vorschlag des Generalsekretärs. «Das war ein wichtiges Zeichen», sagt Schia.

Das Land ging zudem neue Wege im Sicherheitsrat. So lud Norwegen die Mitglieder zu einer Klausurtagung ein, wie Schia erklärt. «Die Idee war, die Mitglieder des Sicherheitsrats auf eine wichtige Priorität Norwegens aufmerksam zu machen, nämlich die Friedensdiplomatie.» Offenbar mit Erfolg. Schia: «Die Resonanz auf diese Veranstaltung war sehr positiv.» ●



Wir trafen Sahra Wagenknecht in Zürich zum Gespräch.



Aus dem Bett gedonnert



Alt Bundesrätin Micheline Calmy-Rey hat den magistralen Alltagsstress längst hinter sich gelassen. Sie muss nicht mehr jeden Tag vor Sonnen-

aufgang ins Büro eilen. Doch kurz vor dem Jahreswechsel wurde die ehemalige Aussenministerin **unsanft aus dem Schlaf gerissen:** Am Samstag um 8 Uhr morgens erschütterte Kanonendonner die Stadt Genf – zur Feier der **Unabhängigkeit von der napoleonischen Fremdherrschaft** am 31. Dezember 1813.

Gerechtigkeit für Blocher



Das Gehalt unserer Bundesräte wird der Teuerung angepasst und steigt damit um mehr als 11400 Franken im Jahr. Das berichtete die

«Aargauer Zeitung» diese Woche. Auf Nachfrage von SonntagsBlick erklärt die Bundeskanzlei: **Auch die Ruhegehälter für Ex-Bundesräte** werden entsprechend nach oben angepasst. **Christoph Blocher muss also nicht eigens einen Antrag stellen,** um an mehr Geld zu kommen.

651 Tweets in einem Jahr



Die Bundeskanzlei hat in ihrer Kommunikationsabteilung bekanntlich **zehn neue Social-Media-Stellen geschaffen.**

Jetzt wissen wir auch endlich, was diese zehn Mitarbeitenden im letzten Jahr geleistet haben: Sie setzten 651 Tweets ab. Das verkündet ein stolzer Bundesratssprecher **André Simonazzi** – natürlich auf Twitter. Was er nicht sagt: 651 Tweets schaffte Donald Trump in einer Woche.